

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
 □ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 36.

Charlottenburg, Freitag, den 9. September 1921.

48. Jahrg.

Zur Situation.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir gegenwärtig eine außerordentlich kritische Zeit durchleben. Die Nutznießer des heutigen Wirtschaftssystems, die vor dem Ansturm des Proletariats in den Novembertagen 1918 erschrocken sich in alle Ecken verflochten hatten, erheben wieder dreister denn je ihr Haupt. Mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln — und die sind dank ihrer Kapitalmacht nicht gering einzuschätzen — versuchen sie die alleinige politische Führung im Reich, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden an sich zu reißen, um dann um so ungestörter die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeitermassen betreiben zu können. Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben uns mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen, daß jener dünnen Oberschicht der heutigen Gesellschaft jedes, auch das verwerflichste Mittel recht ist, um ihr Herrschaftsprinzip zu befestigen und in die Tat umzusetzen. Auf wirtschaftlichem Gebiet bemerken wir schon seit geraumer Zeit, daß das organisierte Unternehmertum planmäßig darauf ausgeht, die Arbeiterschaft von den im November 1918 eroberten Positionen zurückzudrängen und möglichst wieder jenen Zustand herbeizuführen, der vor genanntem Zeitpunkt bestanden hat. Wenn unter diesen Umständen die Gegenläufe auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sich wieder schärfer zuspitzen, ist es erklärlich.

Insbesondere ist es die seit Wochen andauernde steigende Teuerung, zu der sich Mitte August noch eine horrende Verteuerung des Brotes hinzugesellte, die eine ständig wachsende Erregung auch in den Kreisen unserer Berufsgenossen hervorgerufen hat. Unsere Mitglieder versuchen leicht erklärlicherweise von ihren Unternehmern eine Lohnerhöhung zu erlangen, um einen Ausgleich zu finden, um ihr ohnehin schon stark herabgedrücktes Existenzminimum nicht noch weiter sinken zu lassen. Die Unternehmer lehnen aber fast durchweg alle diese Forderungen ab mit dem Hinweis, daß der bestehende Tarifzustand sie hindere, die Löhne zu erhöhen.

Weil in den Verhandlungen über die Gewährung einer Teuerungszulage, über die wir in Nr. 35 der „Ameise“ berichteten, dieses Argument auch eine Rolle spielte, wollen wir mit einigen Worten darauf eingehen. Von Arbeitgeberseite wurde in diesen Verhandlungen besonders betont, daß die tariflichen Vereinbarungen während der Dauer ihrer vereinbarten Gültigkeit unter allen Umständen in Geltung bleiben müssen. Es kann nicht angehen, daß etwa die Arbeiterseite in dem Augenblicke, in dem sich die Verhältnisse anders gestalten, als sie bei Abschluß des Tarifes vorhergesehen werden konnten, den Tarif beiseite schiebt und eine anderweitige Lohnregelung verlangt. Es wurde noch besonders betont, daß der Glaube der Arbeitgeber an die Tarifstreue der Arbeitnehmerseite ohnehin erschüttert sei, weil trotz des Tarifzustandes fortwährend latente Lohnbewegungen nebenher liefen. Dadurch gehe dem Unternehmer der Schutz verloren, den ihm der Tarif bieten solle. Der einseitige Schutz der Arbeitnehmerseite sei nicht der Zweck des Tarifes.

So logisch diese Auffassung klingt, so selbstverständlich sich diese Argumente ausnehmen, so sind sie doch aber nur bedingt richtig, sofern man sie nicht nur von der formaljuristischen Seite aus betrachtet. Als ich, der ich an den Verhandlungen teilgenommen, diese Argumentation von der Arbeitgeberseite vernommen, ging mir der Gedanke durch den Kopf, daß ein Satz aus der Kundgebung des Vorstandes vom ADGB vom 5. August d. J. in Lapidarschrift in jedem Verhandlungsraume angeschlagen sein müßte, in dem Arbeitgeber mit Arbeitnehmern über Lohnfragen verhandelt; nämlich der Satz: Der Arbeiter muß leben können, wenn er arbeiten soll.

Daß die Arbeiter der feinkeramischen Industrie tarifstreue sind, obwohl Tarifverträge vor dem Dezember 1918 ihnen nur dem Namen nach bekannt waren, darf ohne Uebertreibung behauptet werden. Diese Tarifstreue ist gehalten worden, obwohl dieselbe auf eine nicht geringe Belastungsprobe gestellt war und noch ist. Ob die Tarifstreue der Arbeitgeber solche ungeheure Belastungsprobe einmal aushalten wird, läßt sich heute noch nicht sagen, weil bisher noch keine Gelegenheit war, diese praktisch zu erproben. Denn bisher haben die Arbeitgeber nur Vorteile vom Tarifzustand gehabt; sie sind trotz günstiger Momente für die Arbeiterschaft von letzterer mit Lohnforderungen verschont geblieben, weil eben der Tarif galt. Infolge günstiger Absatzverhältnisse, hoher Valutagewinne usw. haben die Unternehmungen der feinkeramischen Industrie im allgemeinen glänzende Gewinnergebnisse erzielt. Die Arbeiterschaft hat trotz dieser günstigen Lage der Industrie ihren Lebensstandard noch lange nicht auf den Stand der Vorkriegszeit bringen können. Ja, nicht nur das ist zu konstatieren, sondern eine weitgehende und immer weiter fortschreitende Verelendung der Arbeiterschaft hat Platz gegriffen. Man lese nur einmal nach, was der „Berliner Volksanzeiger“, das Organ der Schwerindustrie und gewiß kein arbeiterfreundliches Blatt, in den Nummern 385, 392 und 395 über das „Kinderelend in Thüringen“ schreibt. Bei der Lektüre dieser Zeilen kann der Kenner der Verhältnisse auch einen Einblick in die Lebensweise eines großen Teiles unserer Thüringer Kollegen gewinnen.

Sollte aber auf der Arbeitgeberseite die Auffassung vorhanden sein, daß während der Dauer des Tarifes bzw. des Lohnabkommens Lohnforderungen in den Betrieben überhaupt nicht gestellt werden dürfen, bzw. das Stellen von Lohnforderungen als Tarifbruch zu werten sei, dann müßten wir dem widersprechen. Solche Auffassung wäre nur dann richtig, und dann auch noch nicht einmal unter allen und jeden Umständen, wenn die Lohnfrage im Tarif erschöpfend und definitiv geregelt wäre. Das letztere ist aber nicht der Fall. Unser Tarif setzt nur Mindestlöhne fest. Mindestlöhne können auch nur bei Mindestleistungen in Frage kommen. Höhere Leistungen erfordern eine besondere Regelung der Lohnfrage, und das kann dann nur in den einzelnen Werken geschehen. Aus diesem Grunde ist es ein selbstverständlicher Vorgang, wenn in den einzelnen Werken immer wieder Lohnforderungen von einzelnen Personen oder einzelnen Arbeitergruppen, je nach Art der Beschäftigung, gestellt werden. Das zu verhindern, ist der Tarif nicht geeignet, und es ist auch gar nicht der Zweck desselben. Wenn uns dann von der Arbeitgeberseite entgegengehalten wird, der Tarif verliere für sie an Wert, wenn er von unserer Seite dahin aufgefaßt wird, dann müssen wir aber daran erinnern, daß der Wert des Tarifes auf einem ganz anderen Gebiete liegt. Nicht die Verhinderung von Höchstlöhnen, sondern die unbedingte Innehaltung einer Mindestlohngrenze, die unter keinen Umständen unterschritten werden darf, ist der springende Punkt des gesamten Tarifwesens, auch für die Arbeitgeber, nicht nur für uns. An der Erhaltung einer Mindestlohngrenze haben beide Tarifkontrahenten nach wie vor das allergrößte Interesse. Aus diesem Grunde nehmen wir an, daß das Interesse am Tarif doch etwas fester verankert ist, als daß es bei einer Lohnforderung auf einem oder dem anderen Werke schon in die Brüche gehen könnte.

Wiederholt ist uns schon mitgeteilt worden, daß Unternehmer, denen Lohnforderungen gestellt wurden, erklärt haben sollen, sie dürfen Löhne nicht bewilligen, die über den Tarif hinausgehen, sie haben dahingehende Parole von ihrer Organisation. Das wäre, wenn es zutreffend sein sollte, eine arge Verballhornisierung des

Tarifgedankens. Damit würde doch nur erreicht, daß der oder die Arbeiter, die nur zum Mindestlohn arbeiten müssen, auch ihre Leistungsfähigkeit nicht ausnützen und nur Mindestleistungen verrichten. Bei solchem Verhalten der Arbeitgeberseite sollte nicht übersehen werden, daß damit auf der Arbeiterseite das Interesse am Tarife stark herabgemindert, wenn nicht stark erschattet wird. Daß das Tarifwesen auch seine bedenklichen Schattenseiten für die Arbeiterschaft hat, können unsere Mitglieder noch weniger aus eigener Erfahrung, aber aus den Erfahrungen in anderen Berufen. Einer der Berufe, in dem die längsten Erfahrungen auf tariflichem Gebiete vorliegen, ist das Buchdruckgewerbe. Es ist aber auch bekannt, daß die Buchdrucker trotz zirkulärer 30-jähriger Tarifgemeinschaft heute zu den schlechtest entlohnerten qualifizierten Arbeitern gehören. So wurde uns kürzlich bekannt aus einer Notiz im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, daß in einer Druckerie in Sonneberg in Thüringen die Hilfsarbeiter besser bezahlt werden müssen, als der Buchdruck-Maschinenmeister, der Korrektor usw., und zwar lediglich deswegen, weil die Hilfsarbeiter im Fabrikarbeiterverband organisiert sind und der Tarif dieses Verbandes für seine Mitglieder in Sonneberg dies verlangte. Bei Bekanntwerden dieser Tatsachen fragen sich dann manche Arbeiter, ob denn der Zweck des Tarifwesens darin bestehe, die Löhne niedrig zu halten. Selbst im Buchdrucker-Verbande ist heute ein großer Teil der Mitglieder dem Tarifgedanken nicht mehr günstig gestimmt.

Das erweist uns die letzte Nummer des „Korrespondent“ in folgenden Zeilen, die ihren Ursprung darin haben, daß sich der Deutsche Buchdruckerverein (die Unternehmerorganisation) unter Berufung auf den bestehenden Tarif weigert, unverzüglich in Verhandlungen zwecks Gewährung einer Teuerungszulage einzutreten. Am 19. September soll erst der Tarifausschuß darüber beraten.

Der „Korrespondent“ schreibt u. a.:

„Nur dem Umstand, daß der gewerkschaftliche Solidaritätsgedanke unter den deutschen Buchdruckern noch tief wurzelt, ist es zuzuschreiben, daß wir nicht schon seit Wochen in einem noch viel umfangreicheren Drunter und Drüber stecken. Kann sich der Deutsche Buchdruckerverein nicht noch vor der nächsten Tarifausschubführung zu einer einheitlichen vorläufigen Erleichterung der großen Notlage der Gehilfenchaft aufrufen, so wäre er zum mindesten tariflich verpflichtet, alle seine organisatorischen und persönlichen Bemühungen einer freiwilligen Lohnerhöhung an einzelnen Orten usw. sofort aufzuheben. Wir sind überzeugt, daß sich an vielen Orten sofort viel weniger Reibungen ergeben werden als unter den heutigen Umständen, wo viele Prinzipale tagtäglich erklären, sie würden der Gehilfenchaft ganz gern entgegenkommen, wenn sie sich nicht hätten verpflichten müssen, bei Verfall von Konventionstrafen oder Gefahr sonstiger Schikanen, alles abzulehnen, was nicht den Segen ihrer Organisationsleitung hat. Der kurzfristigen Tarif- und Gewerbepolitik des Deutschen Buchdruckervereins in den letzten Jahren ist es allein zuzuschreiben, daß die tarifliche Lohnbasis sich immer weiter verschlechtert hat, insolge dessen auch zurzeit von großen Teilen der Gehilfenchaft einer zentralen Regelung kein besonderes Vertrauen mehr entgegengebracht wird. So bedauerlich dies auch im Interesse einer einheitlichen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen für das gesamte deutsche Buchdruckgewerbe ist, stärker als alle Organisationsformen ist der Wille zum Leben!“

Könnten wir nicht Wort für Wort dasselbe über unsere Verhältnisse sagen? Einen Unterschied müssen wir allerdings hervorheben: In unserem Berufe ist ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft noch nicht soweit gewerkschaftlich geschult und diszipliniert wie im Buchdruckgewerbe, in dem die Arbeiterschaft schon vor dem Kriege zu 96 Proz. organisiert war. Wir standen demzufolge bereits ziemlich nahe an dem „Drunter und Drüber“. An einzelnen Orten waren die Mitglieder bereits in den Streik getreten, ohne die Verbandsleitung zu befragen. Das müssen wir im Interesse dieser Mitglieder selbst lebhaft beklagen. So sachlich berechtigt die Empörung und Erbitterung über die gegenwärtigen Zustände sein mag, so dürfen wir doch keinen Augenblick vergessen, daß wir unsere Kräfte nicht in Einzelaktionen verzetteln dürfen, daß wir nur im gemeinsamen Handeln, nach einheitlichen Direktiven Aussicht auf Erfolg haben. Die Kollegen mögen immer bedenken, daß nicht sie allein an dem betreffenden Orte schwer leiden, sondern daß es durchgängig der Fall ist.

Gegenüber den Buchdruckern besteht auch noch ein weiterer Unterschied in der Beurteilung der gegenwärtigen Situation. Wenn auch bei uns erst in einigen Wochen darüber verhandelt werden soll, in welchem Ausmaße eine Teuerungszulage gewährt werden soll, so erhalten unsere Mitglieder doch vom 29. August ab bereits einen Vorstoß auf die Gewährung einer Teuerungszulage. Man mag über die Höhe dieses Vorstoßes urteilen wie man will; in den dringlichsten Fällen ist eine Erleichterung damit geschaffen. Wir glauben deswegen, unseren Mitgliedern mit gutem Gewissen anraten zu können: wartet die Tarifverhandlungen ab, die von großer Wichtigkeit für uns alle, für unseren gesamten Beruf sind, wobei ja auch die Lohnfrage nicht nur für die Zeit vom 29. August bis 1. Oktober, sondern darüber hinaus geregelt werden soll.

Auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen fiel bereits ein Schatten in den Verhandlungen am 24. August 1921. Von der Arbeitgeberseite wurde dazu bereits gesagt — unter Hinweis auf den bereits im Frühjahr angekündigten Lohnabbau — daß die Verhandlungen sehr schwer geworden wären, wenn die neue Teuerungswelle nicht dazwischen gekommen wäre. Es ist müßig, darüber Worte zu verlieren, was unter anderen Verhältnissen hätte kommen können. Aber soviel scheint uns sicher, daß Abbaugeschäfte im gesamten Unternehmertum vorhanden sind. Weil ein Abbau des Geldlohnes nicht in Frage kommen kann, scheint man an einem Abbau der sozialen Errungenschaften, vor allem des Achtstundentages zu denken. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ sagt zu dem Aufruf des ADGB vom 5. August cr. u. a. folgendes:

„Der Entwicklung sind natürliche Grenzen gesetzt, und aus einem Saal läßt sich nicht mehr herausholen, als drin ist. Die Arbeiterschaft muß endlich einsehen, daß die Notlage Deutschlands durch den deutschen Volkswirtschaft nicht dadurch behoben werden kann, daß man bei verminderter oder höchstens gleichbleibender Arbeitsleistung immer höhere Entlohnung verlangt. Soll diese steigen oder auch nur aufrechterhalten werden, so bedarf es einer ganz entschiedenen Produktionssteigerung.“

Hier heißt es klipp und klar, daß höhere Löhne nur bei verlängerter Arbeitszeit, vielleicht auch noch bei allgemeiner Einschränkung der Akkordarbeit bewilligt werden dürfen. Ob „aus dem Saal nichts mehr herauszuholen ist“, wird sich schon herausstellen, darüber brauchen wir mit der „Arbeitgeberzeitung“ nicht zu streiten. Wenn die Direktiven der „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ und deren Organ das Leitmotiv für unsere Tarifverhandlungen sein sollten, dann würden diese allerdings schwierig werden.

Von unserer Seite dürfen wir behaupten, daß wir mit der redlichen Absicht zu den Tarifverhandlungen gehen werden, einen Tarif zu schaffen, der die Lebensmöglichkeit der Arbeiter gewährleistet, weil wir damit am besten den Interessen der Gesamtindustrie dienen. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, kann die Parole aber nicht Abbau — sondern nur Ausbau lauten. Seit dem August 1914 haben die Arbeiter so unendlich viel abbauen müssen an Gesundheit, Lebensdauer, Lebensglück, daß es damit wahrlich genug sein kann. Unseren Mitgliedern aber rufen wir zu: Steht einig zusammen, wartet geschlossen ab, was uns die nächsten Wochen bringen werden und stellt Euch einig und geschlossen hinter die Verbandsleitung.

Das große Ziel.

Von Dr. Herbert Kühn.

„Dieser vierte Stand, in deren Herzfalten kein Keim einer neuen Bevorrechtung mehr enthalten ist, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht. Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft ist die Herrschaft aller.“
Ferdinand Lassalle, Arbeiterprogramm.

Eine ungeheure Bewegung hat die Welt ergriffen, eine Bewegung, die nicht eingespannt in den Rahmen einer Nation, eine Bewegung, die nicht an Jahre, nicht an Jahrzehnte gebunden ist, eine Bewegung, die mit glühendster Kraft die Erde pulst und sie nicht losläßt aus ihren Fängen, bis sie das Ziel ihrer Sehnsucht erreicht hat: die Erfüllung des Sozialismus. Mag die Bewegung in China, in Japan leben, in Südamerika, in Indien oder im alten Europa: überall hat sie die gleiche lodernde Kraft, überall das gleiche Feuer, denselben Willen. Ein Wille von solcher Gewalt, von so ungeheurer Tragkraft hat langen, weiten Atem; es muß ihm ein Geheimnis innewohnen, das die Menschen immer von neuem zu sich reißt.

Nicht daß wir für „dies“ und „das“ arbeiten, ist das wichtige, nicht daß wir für diese oder jene Gruppe eintreten, das Entscheidende, das Grundlegende unserer Arbeit liegt viel tiefer; es steht wie alles Zeitlose weit über den Tagesfragen, weit über den winzigen Sorgen, die oft so wichtig erscheinen, es lenkt den Blick aus den Niederungen des Tages auf die Berge, auf denen das Frührot der Sonne glänzt, verheißend, verkündend, ein leuchtendes Ziel.

Wenn man lange im Tale wandert, müde und matt, wenn man mühsam eine Wegstrecke nach der anderen der Erde abringt, dann wird so oft das Letzte vergessen; darum muß man manchmal den Blick erheben nach dem Ziel, damit die Aufgabe im Kampfe nicht verloren gehe.

Nicht so sehr der Tageskampf ist es, der die Welt mitreißt, nicht die kleinen täglichen Aufgaben, sondern

die Idee,

unter der gefochten wird, der Gedanke, unter dem das Banner weht. Und das ist das Stolze: eine erhabeneren Idee als die des sozialdemokratischen Kampfes kann es nicht geben, es ist:

die Idee der Menschheit selbst.

Wie oft ist das ausgesprochen, immer aber wieder muß der Gedanke vor uns aufleuchten wie ein Morgenrot, das den ganzen Tag vergoldet. Das Wort, dem Lassalle so lebhaft Ausdruck gegeben hat, darf nicht eine Phrase sein, lebendige Wirklichkeit muß es werden in unserem Herzen, Wirklichkeit, die sich täglich umsetzt in Taten.

Der Kampf der Deutschnationalen und Volksparteiler geht um Vorrechte einer Klasse, er will das Rad zurückdrehen, die Gewalt unter Menschen und Völkern verewigen. Der Kampf der Liberalen geht um die Vorrechte der wenigen, die die wirtschaftliche Macht in Händen haben, um das Vorrecht des Kapitals — der sozialdemokratische Kampf will keine neuen Vorrechte, keine Gewalt, keine Privilegien, auch nicht für die eigenen Anhänger. Darin liegt die hohe, gewaltige Sittlichkeit des Sozialismus, die ihn allen anderen Staatsgedanken so überlegen macht. Darin liegt seine über den ganzen Erdball werbende Kraft, darin liegt das Geheimnis seines Erfolges.

Nicht ein Vorrecht wollen wir, nicht irgendeine Diktatur, nicht neue Gewalt — sondern

gleiches Recht, gleiche Pflicht.

Unser Kampf geht um die Gerechtigkeit unter den Menschen und unter den Völkern, und damit um die Versöhnung der Gegensätze, um die Liebe des Menschen zum Menschen, um die Gemeinschaft des Geistes und der Herzen. Kann es Größeres, Edleres geben? Lassalle hat es gesagt: „Wer die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft, der stößt einen Schrei der Versöhnung aus, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen, einen Schrei der Einigung, in den alle einstimmen sollten, welche Bevorrechtung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen, einen Schrei der Liebe, der, seitdem er sich zum ersten Male aus dem Herzen des Volkes emporgedrungen, für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben, und um seines Inhaltes willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe sein wird, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertönt“.

Oft und oft ist er als Schlachtruf des Volkes ertönt, oft und oft wird er noch ertönen zum Grauen der Feinde. Wir wissen, daß der Kampf der Klassen da ist, wir wissen, daß alle Geschichte nichts ist als eine Geschichte von Klassenkämpfen, wir wissen, daß auch diese Jahre nichts sind als der Ausdruck des Empordrängens, des Aufloderns, einer neuen, bisher geknechteten Klasse, der Klasse der Arbeitenden, mögen es Kopf-, mögen es Handarbeiter sein. Wir schaffen nicht den Klassenkampf, aber er ist da und wir sehen ihn, und wir kämpfen ihn daher bewusst für die Unterdrückten, weil auf ihrer Seite das Recht ist, weil sie die bessere, die größere, die edlere Weltanschauung haben.

Wir wissen, es wird noch harte Kämpfe geben, wir wissen, daß uns Siege und Niederlagen beschieden sind — was tut das alles? — Der Sieg ist doch auf unserer Seite, denn das Recht und die Freiheit ist mit uns.

Wir glauben an das Recht, wir glauben an die Vernunft, wir glauben an den Menschen, freudig, stolz, selbstbewußt. Wir wissen um unsere Idee, wir wissen um unser Recht, und wir verteidigen es bis zum letzten Tropfen Blut. Mit uns ist die Zukunft, mit uns das Leben. Wie fangen die Jugendgenossen in Bielefeld?

„Wenn wir schreiten Seit' an Seit',
Und die alten Lieder klingen,
Fühlen wir, es muß gelingen,
Mit uns zieht die neue Zeit.“

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Spielertonzerne. — Das Spiel an der Börse. — Die Gefahr der Syndikatsbildung. — Lohnerhöhung und Lohnkämpfe.

Der Zusammenbruch der Wettkonzerne hat viel Aufsehen erregt. Die Enttäuschten schimpfen und rufen nach dem Staatsanwalt, obwohl ihnen klar sein sollte, daß gegen ihrer eigene Dummheit die Justiz keinen Schutz bieten kann. Zu unserer Ueberzeugung nehmen wir wahr, daß viele Millionen in die Hände von Leuten gegeben wurden, die durch überschwängliche Versprechungen die Spielleidenschaft in maßloser Weise aufgestachelt haben. Keine Warnung der Presse fruchtete. Sicherlich sind gerade aus den Kreisen der Arbeiter und des Mittelstandes viele Millionen jenen Glückseligern übergeben worden, in der Hoffnung, leicht Gewinne einzuheimsen. Dem, der besonnen die Entwicklung dieser faulen Gründung betrachtete, mußte es von vornherein klar sein, daß die gegebenen Versprechungen, in 2 Monaten mit 100 Proz. Aufschlag das Kapital zurückgezahlt zu erhalten, nur auf die Leichtgläubigkeit der Bevölkerung angelegt waren. Doch hinter dieser Spielleidenschaft verbirgt sich mehr zur Beurteilung unserer Zeit, als das Aufwallen einer vorübergehenden törichten Neigung. Wer das

Tagesgetriebe kennt, der weiß, daß von der gierigen Sucht, durch Spekulationen schnell zu Reichümern zu kommen, gar viele befallen sind.

Das Spiel nimmt nicht nur die Leute gefangen bei dem Einsehen am Totalisator, es breitet sich aus in allen Winkeln und verborgenen Stätten, es hat Hoch und Niedrig erfaßt, und vielleicht ist nicht zuletzt das Treiben an der legitimen Spielerbank, der Börse, mit ein Anreiz zu ihm, der zugleich Wege weist. Daß auch hier das Treiben in einem Ausmaß vor sich geht, wie bisher zu keiner Zeit, dafür spricht die Tatsache, daß die Berliner Börse und die Banken nicht mehr die Aufträge ihrer Kundschaft laufend bewältigen konnten, und die Börse keinen anderen Rat wußte, als den, neben den zwei Ruhetagen noch einen dritten einzufügen, nur damit im Wust von Aufträgen bei höchster Anspannung des Personals und reichlichen Neueinstellungen eine ordnungsgemäße Erledigung möglich wurde.

Unsere lieben Mitbürger haben sich besonders die in den letzten Wochen sinkende Tendenz der Mark zunutze gemacht und stark spekuliert auf eine weitere Entwertung unseres Geldes. Berücksichtigt man, daß im Januar d. J. der Dollar auf 55 stand, jedoch in der ersten Woche des August bis auf 90 und 95 im freien Verkehr hinaufgegangen war, so läßt sich der enorme Anreiz zum Börsenspiel erklären. In der Hoffnung, daß die deutsche Regierung unter dem Zwang, unter allen Umständen bis zum 31. August den ziemlich erheblichen Restbetrag der Milliarde, die der Entente übergeben werden mußte, aufzubringen, zu einem wahllosen Ankauf von ausländischen Werten genötigt werden würde, hat man große Marktbeträge in spekulativer Weise zum Aufkauf von Devisen und auch ausländischer Geldwerte hinausgegeben. Zwar ist der Kurs des Dollars wieder etwas zurückgegangen, und nicht alle sind bei ihren Spekulationen auf die erhofften großen Gewinne gekommen, aber für viele wird der Ertrag ein sehr reichlicher gewesen sein.

Ganz im Einklang mit dieser Devisenspekulation, die aus der Notlage des Deutschen Reiches ein Geschäft macht, steht die Kurstreibererei in Industriewerten. Welche Umwandlung sich hier in der Wertung des Besitzes vollzogen hat, mag in einigen besonders krassen Beispielen gezeigt werden. Die Aktien der Rhönig-Gesellschaft notierten im Januar 591, sie standen Anfang August 1244, trotzdem in dieser Zeit das Aktientkapital verdoppelt wurde. Bochumer Gußstahl ging in derselben Zeit von 470 auf 610 hinauf, Hagener Bergwerksgesellschaft von 478 auf 721, die Mannesmann-Werte von 597 auf 821. Diese Wertsteigerung an der Börse hat für uns volkswirtschaftlich ein ganz besonderes Interesse.

Wir hören heute sehr oft, daß die neuen Steuern notwendigerweise eine Erhöhung der Warenpreise zur Folge haben müssen. Das wird wahrscheinlich eintreten, aber als zwingende Notwendigkeit aus den Vorgängen des Wirtschaftslebens ergibt sich unmittelbar diese Schlussfolgerung nicht. Ist es nicht eigenartig, daß in derselben Zeit, wo diese angebliche Belastung der Industrie in Aussicht steht, die Industrie dazu übergeht, ihre Aktienwerte immer höher hinaufzuschrauben. Es kommt ferner hinzu, daß diese Unternehmungen fast ohne Ausnahme große Rückstellungen gemacht haben, um für Zeiten des schwächeren Geschäftsganges und auch zur Erneuerung der Anlagen ihrer Unternehmungen gerüstet zu sein. In allen diesen Unternehmungen steckt in der Gewinnrate ein so hoher Betrag, daß ein erheblicher Teil zugunsten einer Preissenkung der Fabrikate verwendet werden könnte. Von diesem allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet das Kapital nicht die Leitung seiner Unternehmungen, sondern ihm kommt es darauf an, die Gewinnquote möglichst hochzuhalten. Durch die Verstrickung der Unternehmungen wird die gegenseitige Konkurrenz, die zur Preissenkung dienen könnte, immer mehr ausgeschaltet, und nach dem Ausland sind bei der enormen Entwertung der Mark die Absatzmöglichkeiten in der Konkurrenz so günstig gestellt, daß hier eine preislenkende Tendenz gar nicht in Frage kommt.

Das sind die großen Gefahren, auf die vom Standpunkte der Sozialdemokratischen Partei immer wieder hingewiesen werden muß gegenüber den Anforderungen, für die gesamte Industrie eine Organisation der Zwangssyndikats zu schaffen. Zwangssyndikats in kapitalistischem Betriebe sind nur eine Stärkung der Kapitalmacht, die sich in ihrer ganzen Auswirkung gegen Arbeiter und Verbraucher wenden muß. Eine solche Organisation aufzuziehen, liegt im Interesse der Herren Stinnes, Thyssen, Klöckner, aber nicht im Interesse der Arbeiter und der großen Masse der nicht zahlungsfähigen Verbraucher.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Preissteigerung auf dem Nahrungsmittelmarkt das Signal gegeben, die Lohnfrage wieder in Fluß zu bringen. Dabei stehen wir erst am Beginn der Preissteigerung, die sich in den nächsten Monaten noch voll auswirken wird. Der große Umfang der Lohnbewegung — es sei nur auf die Lohnforderungen im Bergbau, auf die Ausstände in der Metallindustrie und im Holzgewerbe hingewiesen — muß für unser

Wirtschaftsleben, das solche schwere Erschütterungen nicht recht ertragen kann, von den bedentlichsten Folgen sein. Aber man wird die Forderungen der Arbeiter — ihnen folgen jetzt die Beamten — nicht zurückweisen können, denn tatsächlich ist bei den hohen Preisen für alle Gebrauchsgegenstände das Verlangen auf Erhöhung des Einkommens nur zu berechtigt. Die bürgerliche Presse fängt schon wieder an, den Arbeitern und Beamten auseinanderzusetzen, wie wenig nützlich ihr Verhalten sei, denn mit ihren höheren Anforderungen mußte sich auch zu gleicher Zeit wieder der Preis aller Waren und müßten sich die Anforderungen des Staates an den Steuerfädel erhöhen. Das ist mehr oder weniger richtig, aber wir werden doch auch von der Industrie verlangen müssen, daß nicht gerade diejenigen Kreise, die ihre Ansprüche zurückstellen können, nicht denen nach unten Sparsamkeit empfehlen. Noch einmal: es ist zu verlangen, daß aus der Gewinnquote unserer industriellen Unternehmungen ein reichlicher Anteil zur Deckung erhöhter Arbeiterforderungen zur Verfügung gestellt wird. Der Ausgang des englischen Bergarbeiterstreiks ist hierfür ein gutes Beispiel, denn er setzt den Anteil der Unternehmer am Gewinn auf 17 Proz., den der Arbeiter auf 83 Proz. fest. Wir vermögen nicht einzusehen, weshalb das fortgesetzte Aufblähen des Aktienkapitals, lediglich zu dem Zweck, die Gewinnquote prozentual kleiner, als sie in Wirklichkeit ist, erscheinen zu lassen, eine unbedingte Notwendigkeit ist. Mit diesen Manipulationen nützt man die Konjunktur aus, wahrt das kapitalistische Interesse, aber man schädigt unsere wirtschaftliche Entwicklung.

Ein Wort zur sozialen Zulage.

Mit dieser Frage beschäftigten sich in letzter Zeit des öfteren nicht nur Arbeiter, sondern auch bürgerliche Kreise. Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, daß die Arbeiter das Richtige treffen, wenn sie von der sozialen Zulage abrücken. Das kann auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nicht anders sein. Würde doch die ganze Jahrzehnte des gewerkschaftlichen Kampfes immer eingetreten für gleichen Lohn, warum sollte es auf einmal anders sein! Will man anfangen, mit zweierlei Maß zu messen und so an Stelle des Rechts das Unrecht setzen? Dagegen haben sich die Arbeiter mit aller Kraft zu wehren. Gleicher Lohn für gleiche Leistungen, nicht anders darf die Parole lauten. Nach Einführung der sozialen Zulage bei uns haben sich fast sämtliche Zahlstellen damit befaßt, und laut den Versammlungsberichten sind sie in ihrem weitläufig überwiegenden Teil gegen die zweierlei Bezahlung aufgetreten, weil sie darin ein Unrecht erblicken und nicht etwa das sozial empfindende Herz der Unternehmer. Es mögen sich mit dieser Frage die Zahlstellen noch einmal befassen und ihren Versammlungsbeschlüssen den nötigen Nachdruck verleihen, dann wird dieses Unrecht bei den nächsten Lohnverhandlungen im September bestimmt fallen. Wir können keinen anderen Standpunkt einnehmen, wie dies Gen. Th. Leipart tut. Wenn er anführt, daß ein lediger Arbeiter wieder auf andere Weise mehr Aufwendungen hat durch das teure Wirtschaftsleben, auf das er größtenteils angewiesen ist, und andere höhere Ausgaben durch Sport und Körperpflege hat, sowie für den späteren Ehestand Ersparnisse machen müsse, so wird sich wohl keiner finden, der dies wird bestreiten wollen. Die Reihe der Gründe gegen diese soziale Zulage ließe sich aber noch viel mehr verlängern. B. B.: Wenn ein lediger gezwungen ist, möbliert zu wohnen und 80 bis 100 Mk. monatlich Miete zahlen muß und für Mittag- und Abendbrot je 8 bis 10 Mk. und dann noch mit hungrigem Magen vom Tisch aufsteht, wird doch niemand behaupten wollen, daß so ein lediger Arbeiter billiger lebt. Er lebt aber ganz gewiß ebenso teuer, wie ein Verheirateter, nur schlechter. Und dann kommt noch ein anderer Grund, der gegen diese Ungleichheit in Form sozialer Zulagen spricht. Es gibt genug Ledige oder Witwen, die 40 und mehr Jahre alt sind, und diese sollen mit weniger Lohn vorlieb nehmen, als ein junger 22-jähriger Mann, der vielleicht — na wie es eben bei der Jugend vorkommt — gezwungen ist, zu heiraten. Derselbe hat vielleicht bei den älteren Kollegen gelernt und ist noch lange nicht so leistungsfähig wie diese, soll aber trotzdem mehr Lohn erhalten. Dieser Widerspruch läßt sich gewiß nicht aufrechterhalten. Wie viele ältere Kollegen wird es auch geben, die durch die Verhältnisse gezwungen waren, sich nicht zu verheiraten zu können, denn wer früher seine Interessen tatkräftig verteidigt hat, der ist aus einer Hude in die andere, und dafür will man ihm nicht weniger Lohn abspießen, und er soll sich als Arbeiter der unteren Klasse fühlen. Das kann es nicht geben. Es müßte nur einmal die Zahlstellen ersuchen, dahin zu wirken, daß die Verheirateten, die an den nächsten Lohnverhandlungen teilnehmen, dafür sorgen müssen, daß dieses Unrecht wegfällt, und es nur eine gleiche Bezahlung für gleiche Leistung geben kann, wie es das gewerkschaftliche Prinzip ist.

R. R.

Aus unserem Verne.

Elsterwerda. Seit längerer Zeit drängen die Kollegen darauf sich einen besseren Lohn zu verschaffen, in der Hauptsache die Lohnarbeiter. Leider wurde bei jedem Vortrittigenwerden bei der Betriebsleitung uns eine ablehnende Antwort zuteil. Die Firma ist in dem Glauben, sie zahle ihren Arbeitern den tarifmäßigen Lohn. Doch wie jämmerlich sieht es damit aus. Was sollte nun geschähen? Immer und immer wieder bei den Sitzungen des Betriebsrates den ablehnenden Bescheid. Da kann man sich wohl leicht erklären, daß das der Belegschaft die Augen öffnete und sie beschloß, den Betrieb zu verlassen, was auch richtig war. Leider (? Ned.) war ja auch der Hauptvorstand zuvor in Kenntnis gesetzt, daß sich die Belegschaft mit solchen Löhnen nicht mehr zufrieden geben kann. Die typischen Preissteigerungen, teuren Mieten usw. werden unerträglich. Wenn ein Arbeitskollege dies nicht begreift oder sich gar dazu versteht, den Kampf nicht mit uns gemeinschaftlich zur Durchführung zu bringen, der braucht nicht mehr daran zu zweifeln, daß er selbst seiner eigenen Familie das Grab schaufelt. Darum, Arbeitskollegen und -kolleginnen, hier gilt es zu kämpfen, Schulter an Schulter müßt Ihr stehen, wie es auch Ihr, Arbeitskollegen und -kolleginnen in unserem Betrieb gezeigt habt. Laßt Euch nicht vom dem Unternehmertum als Sklaven betrachten, sondern kämpft für Eure Existenz. Schließt das Band immer enger im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation, dann muß es uns gelingen, daß wir siegen. Nachdem wir nun aus dem Betrieb waren, belamten wir aber vom Hauptvorstand den Bescheid, wieder in den Betrieb zu gehen und für den Jammerlohn weiter zu arbeiten, weil sonst Verhandlungen, die in Berlin bevorstehen, erschwert würden. Ja, Ihr Arbeiter, Ihr habt ja gar keine Berechtigung zum Streiken! Wenn Ihr streiten wollt, habt Ihr erst schon zu fragen, ob Ihr dies tun dürft. Man spricht nicht gern von Diktatur, aber was findet man darin? Nur so weiter, dann wird's noch schön. Auch wurde Kollege Uhlmann beauftragt von der Leitung, nach Elsterwerda zu fahren und den Arbeitskollegen zu unterbreiten, was notwendig ist und mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat zu verhandeln. Leider ist die Direktion nicht da, um verhandeln zu können, aber es ist schon so, wenn es einmal ein bißchen nach Pulver riecht, da ist man in den meisten Fällen verweist. Arbeitskollegen und -kolleginnen, seid auf der Hut! Spannt alle Kräfte an, wenn es gilt, dem Unternehmertum zu zeigen, was für uns nötig ist. Darum schließt die Reihen um das Banner, das die Zeitschrift trägt: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!

Goldlauter. Die für die Orte Suhl, Müßendorf und Goldlauter eingesetzte Tarifkommission beschäftigte sich auch mit der gegenwärtig wieder rapid steigenden Teuerung. Die Kommission fordert den Vorstand auf, sofort mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung zu treten zwecks Einleitung von Verhandlungen über Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe in Höhe eines vierwöchentlichen Wochenverdienstes. Die Kommission ersucht aber auch alle Zahlstellen, sich dieser Forderung anzuschließen.

Kaila (Oberfranken). Seit einigen Monaten besteht hier eine neue Porzellanfabrik, Firma Hagen & Co. Ueber die Verhältnisse in diesem Betriebe ist bisher und bis heute an die „Arbeiter“ noch nichts berichtet worden. In der „Oberfr. Volksztg.“ lesen wir nun, daß das gesamte Personal dieses Betriebes seit dem 23. August im Streik steht wegen Ablehnung gestellter Lohnforderungen. Die Löhne sollen sehr niedrig sein, nur in geringen Ausnahmefällen soll etwas über den Minimallohn gezahlt werden. Die Familienzulage soll die Firma überhaupt noch nicht gezahlt haben. Mit Stundenlöhnen von 3,60 und 3,75 Mk. kann allerdings bei den heutigen Preisen kein Mensch ehrlich existieren. Dazu kommt, daß die Behandlung bezw. Umgangsformen im Verkehr mit den Arbeitern dem Stile des „Miesbacher Anzeigers“ entsprechen sollen. Für Mindestlöhne Maximalleistungen verlangen und dann die Arbeiter noch behandeln wie Parasiten, war den Kollegen in Kaila doch etwas zu starker Tabak, demzufolge sind sie ausständig geworden und erwarten, daß allorts Solidarität geübt und jedweder Zugzug unterbleibt. Wir möchten noch anfügen, daß wir erwarten, daß die Kollegen in Kaila künftig Vorfälle dieser Art in erster Linie ihrem eigenen Verbandsblatte berichten, damit dieses rechtzeitig in die Lage gesetzt ist, die Kollegen allorts unterrichten zu können, weil nur dadurch am wirksamsten Zugzug ferngehalten werden kann. Wir erwarten aber auch, daß uns über die fernere Dauer des Streiks allwöchentlich, sowie bei eventueller Beendigung desselben berichtet wird.

Neustadt bei Coburg. Kolleginnen und Kollegen, die beschäftigt sind, hier in Arbeit zu treten, werden ersucht, sich vorher bei dem Kollegen Otto Kranich, Eisfelderstraße, nach den Verhältnissen zu erkundigen. In der Formengießerei der Firma H. Dal. Knaub, Bert III (früher Gebr. Knoch), sowie in der wieder

neu aufgenommenen Puppentopfmalerei reißen die Lohnstreitigkeiten nicht ab.

Potschappel. In Sachen der Erklärung des Kollegen Uhlmann in Nr. 31 der „Ameise“ haben wir folgendes zu erwidern: Wir sind weit davon entfernt, diese meist persönliche Sache durch Zeitungssammel klären zu wollen. Einmal ist der Raum der „Ameise“ zu schade dazu, örtliche Streitigkeiten zu regeln, zum anderen ist der Fall der Entlassung des betreffenden Kollegen nicht mit Zustimmung des Betriebsrates erfolgt, somit die Berichtigung des Kollegen Uhlmann entfällt. Wir behalten uns vor, diese Angelegenheit in gemeinsamer Sitzung zu regeln, halten aber im übrigen die Angelegenheit im Bericht in Nr. 31 der „Ameise“ aufrecht.

Steinwiesen bei Kronach. Wie die katholischen Pfarrer sich als Agitatoren für die christlichen Gewerkschaften betätigen, und welcher Mittel sie sich dabei bedienen, zeigt uns ein Fall, den wir hier zu verzeichnen haben. Ein Mitglied unseres Verbandes meldete sich ab mit der Begründung, daß er bei unserem Verband um deswillen nicht bleiben könne, weil ihn sonst der Pfarrer nicht mehr zur Beichte zuläßt. Diese Begründung liegt uns schriftlich vor. Wir erinnern uns, daß der Bezirksleiter des christlichen Verbandes unlängst sich bei einem Unternehmer beklagte, weil angeblich Mitglieder unseres Verbandes mit terroristischen Mitteln versucht haben sollten, Mitglieder des christlichen Verbandes in unseren Verband zu ziehen. Steinwiesen gehört zum Tätigkeitsgebiet desselben christlichen Bezirksleiters. Wir sind überzeugt, daß letzterer ungehäumt dem Pfarrer von Steinwiesen begreiflich machen wird, daß wir volle Koalitionsfreiheit auch in Bayern haben. Der christliche Bezirksleiter wird aber auch den Pfarrer eindringlichst darüber aufklären, daß seine Agitationsmittel schädigster Terrorismus sind, von dem die christlichen Gewerkschaften nichts wissen wollen und sich auf das entschiedenste verbitten müssen. Den Beichtstuhl möge er benutzen, zu was immer er wolle, zur Agitation für die christlichen Gewerkschaften ist er nicht geschaffen.

Genossenschaftliches.

„Die Volksfürsorge“, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-V.G. in Hamburg, hat ihren Jahresbericht für 1920 herausgegeben. Im Jahre 1913, dem Jahre der Gründung, waren versichert 70 401 Personen mit einer Versicherungssumme von 12 952 280 Mk., im Jahre 1920 waren es 234 283 Personen mit 98 812 770 Mk. Im Mai 1921 waren es bereits 807 435 Personen mit 640 502 724 Mk. Versicherungssumme. Die Durchschnitts-Versicherungssumme betrug 1913 = 239 Mk., 1920 = 1359 Mk., gegenwärtig 1700 Mk.

An Einnahmen wurden erzielt für Prämien von 1913 bis 1920 = 53 352 536 Mk., an Zinsen 2 646 110 Mk. Es wurde 1920 ein Ueberschuß erzielt von 1 606 074 Mk. Im Bericht wird zum Ausdruck gebracht, daß sich wohl das ganze Unternehmen in guter Entwicklung befinde. Jedoch könnte die Zahl der Mitarbeiter und Helfer noch viel größer sein. Auch wir möchten an unsere Berufsangehörigen das Ersuchen richten, für die Volksfürsorge recht tätig zu sein. Werbe jeder in den Kreisen seiner Kollegen und Bekannten dafür, daß kein Arbeiter und keine Arbeiterin sich einer anderen Versicherungsgesellschaft anschließt, als nur der Volksfürsorge. Der Vorstand derselben ist gern bereit, jede nähere Auskunft zu geben und erforderlichenfalls Informations- und Agitationsmaterial zu überweisen. Die Adresse ist: Hamburg 5, Capellenstr. 5.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften und Deutscher Beamtenbund.

Zu dem geplanten Abkommen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Beamtenbund hat nunmehr auch der Bundesausschuß des ADGB Stellung genommen und folgende Entschliebung gefaßt:

Der Bundesausschuß des ADGB hat von der Entschliebung des Deutschen Beamtenbundes Kenntnis genommen. Er hält unter Aufrechterhaltung seiner früheren Beschlüsse an der Auffassung fest, daß das vorgelegte Abkommen der beiderseitigen Verhältnisse eine geeignete Grundlage für ein Zusammengehen der drei Spitzenorganisationen bildet. Er erwartet baldige Wiederaufnahme der vom Deutschen Beamtenbund in Aussicht gestellten Verhandlungen.

Sollte in angemessener Frist eine Vereinbarung nicht zustande kommen, so wird der Vorstand des ADGB beauftragt, mit den beteiligten Verbänden und dem Afa-Bund in Verhandlungen zu treten, um die Grundlage für eine gewerkschaftliche Beamtenbewegung im Afa-Schluß an den ADGB und Afa-Bund zu schaffen.

Aus dem Bericht des Verbandes der Töpfer für das Jahr 1920 ist hervorzuheben, daß der Verband am Schlusse des Jahres 1920 11 368 Mitglieder zählte. Infolge Daniederliegens der Vortätigkeit und eine große Anzahl Töpfer in andere Gewerkschaften und damit auch in andere Organisationen übergegangen. Infolge der auf der im September v. J. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung beschlossenen Beitragserhöhung ist der finanzielle Stand des Verbandes ein gesicherter. Das Vermögen betrug am Schlusse des Berichtsjahres rund 310 000 Mk. Als größere Ausgaben sind zu erwähnen die Streikunterstützung mit 166 000 Mk., Arbeitslosenunterstützung mit 115 000 Mk., Krankenunterstützung mit 84 000 Mk., für das Fachorgan 155 000 Mk., persönliche Verwaltungsausgaben 91 000 Mk. Streiks haben im Berichtsjahre 29 stattgefunden, darunter 5 Abwehrstreiks. Bei letzteren wurden für 161 Beteiligte ein wöchentlicher Lohnabzug von 2840 Mk. verhindert. Durch die Angriffsstreiks wurden für 3040 Beteiligte pro Woche 95 510 Mk. Mehrverdienst durchgesetzt. Durch Streiks und Lohnbewegungen ohne Streiks wurden im ganzen 1 278 011 Mk. Wochenloohnerhöhungen durchgesetzt. — Der Anschluß an den geplanten Baugewerksbund wird noch eine Weile auf sich warten lassen, weil sich einige größere Bauarbeitergewerkschaften noch nicht entschließen können zu dem geplanten Zusammenschluß.

Vermischtes.

Kartoffelversorgung durch die Konsumvereine. Die rheinische Konsumentenkammer berichtet, daß die Herbstkartoffelversorgung sich voraussichtlich so vollziehen wird, daß die Konsumvereine unter Ausschaltung verteuender Zwischenstellen mit den Erzeugern Lieferungsverträge in größerem Umfange zu angemessenen Preisen abschließen und die Verteilung an die Industrie- und Braunkohlenarbeiterschaft vermitteln. Der verteuerte Kartoffelhandel von Betriebsräten usw. wird dadurch überflüssig.

Die Entwicklung der Konsumvereine. Die Konsumvereine des nordwestdeutschen Verbandes hatten im ersten Halbjahr 1921 einen Umsatz von 509 335 454 Mk. gegen 357 015 010 Mk. im ersten Halbjahr 1920. Die Mitgliederzahl ist auf 483 228 angewachsen. Die Geschäftsguthaben erhöhten sich von 11 158 208 Mk. auf 22 055 121 Mk., die Spareinlagen von 85 453 601 Mk. auf 128 787 065 Mk.

Arbeit und Ernährung. Welche Bedeutung die Ernährung für die Arbeit hat, das geht aus den jetzt veröffentlichten Zahlen hervor. Danach ist die durchschnittliche Leistungsfähigkeit zu Ende der Kriegsjahre wegen der mangelhaften Kriegsernährung fast auf die Hälfte gesunken. Jetzt nähert sie sich allmählich wieder ihrer alten Höhe. Aus allen gewerblichen Betrieben wird von einer erheblichen Steigerung der Leistungen berichtet. Daß die vorherige mindere Leistung mit der Ernährung und nicht mit dem bösen Willen der Proletarier zusammenhängt, von dem man drüben immer redet, das beweist uns die Tatsache, daß dieselbe mindere Leistungsfähigkeit auch in den Schulen zu verspüren war. Und es ist erfreulich, daß sich auch die Schulleistungen wieder erheblich steigern. Daß es vor allem das Proletariat war, das unter der mangelhaften Ernährung zu leiden hatte, zeigen die Feststellungen, die man in Pforzheim gemacht hat. Dort hat man nämlich den Prozentsatz der schwer unterernährten Kinder an der Volksschule mit 8 Proz. bei den Knaben und mit 11,2 Proz. bei den Mädchen festgestellt, während die höhere Mädchenschule nur 3,6 Prozent, das Gymnasium nur 2 Proz. und die Oberrealschule gar nur 1 Proz. aufwies. Darum sollte man den Arbeitern ruhig ihre Löhne gönnen. Nur bei ausreichenden Löhnen ist eine gute Ernährung möglich und als deren Folge Leistungsfähigkeit

Frauenarbeit und Säuglingssterblichkeit. Wenn man die Zahlen über die Säuglingssterblichkeit mit den Angaben der Gewerbeinspektionen über die Fabrikarbeiterinnen vergleicht, dann findet man, daß die Säuglingssterblichkeit um so größer ist, je größer die Zahl der Fabrikarbeiterinnenkinder ist, die ohne Aufsicht und Pflege sind. Diese Zahlen sind leider recht hoch. In Liegnitz waren 13, in Kassel 17, in Offenbach 13, in Magdeburg 18 und in Darmstadt gar 27 Proz. der Fabrikarbeiterinnenkinder ohne Pflege und Aufsicht. So gehen viele proletarische Säuglinge zugrunde, weil die Frau zur Erwerbsarbeit gezwungen ist, obwohl sie eigentlich nichts als Mutter sein dürfte.

Sterblichkeit und soziale Lage. Welchen Einfluß die soziale Lage auf den tödlichen Ausgang der Erkrankungen hat, beweisen Untersuchungen in Wien, über die Rosenfeld im „Zentralblatt für allgemeine Gesundheitspflege“ berichtet. Danach betrug die Sterblichkeit an Typhus in dem reichen Bezirk 1 nur 16,5 Proz., dagegen in dem armen Bezirk 5 24,6 Proz. Zu dem gleichen Resultat kamen auch Untersuchungen, die in Berlin bezüglich der Lungentuberkulose angestellt wurden. Es starben dort nämlich

unter den Reichen nur zwei Drittel derer, die unter den Armen der Tuberkulose erlagen. Noch stärker trat dieser Gegensatz in einer Statistik hervor, die vor dem Kriege in Paris aufgestellt worden ist. Da betrug die Sterblichkeit an Tuberkulose unter den Armen die doppelte Zahl wie unter den Reichen. Diese Tatsachen zeigen zugleich, in wie günstiger Weise gute soziale Verhältnisse auf die Volksgesundheit und die Volkswirtschaft einzuwirken vermögen. Aber statt dessen redet man immer nur von „Nationalen“, und das nationale Handeln ist Sache des Proletariats.

Rentabilität der Heilfürsorge. Daß die Heilfürsorge nicht nur volksgesundheitlich, sondern auch volkswirtschaftlich von großer Bedeutung ist, zeigen uns Zahlen über die Erfolge der Heilstättenbehandlung für Lungenerkrankte. Es waren nämlich 10 Jahre nach ihrer Kur noch voll erwerbsfähig 40 Proz. 19 Proz. waren noch teilweise erwerbsfähig. Aber das ist es ja, daß es in der kapitalistischen Welt auf mehr oder weniger Menschenmaterial nicht ankommt. Es ist ja übergenug vorhanden.

Verjammlungsberichte.

Annaburg. Am Sonntag, den 14. August, tagte im „Gesellschaftshaus“ zu Annaburg eine Konferenz der Zahlstellen Wittenberg, Elsterwerda und Annaburg. Colbitz war trotz einer Einladung nicht erschienen, was wohl auf die schlechte Zugverbindung zurückzuführen ist. Außer den Delegierten nahmen die Verwaltungsmitglieder sowie der Betriebsrat der Annaburger Steingutfabrik mit beratender Stimme daran teil. Die Tagesordnung war mit zwei Punkten besetzt: 1. Stellungnahme zum Manteltarif und Lohnabkommen, und 2. Verschiedenes. Bei der Besprechung des Manteltarifes wird zunächst der § 2 des Tarifes eingehend beraten. Hierzu beschließt die Konferenz, daß nicht mehr als zwei Ortsklassen bestehen dürfen, eventuell gibt die Konferenz zu, daß für die Großstädte eine Extravergütung zugebilligt wird. Alle übrigen Ortsklassen haben keine Existenzberechtigung in unserem Tarif mehr, sondern sie werden nur zur Lohnbrückerei benutzt. Zu § 13, betreffs der längeren Arbeitszeit der Brenner, stellt sich die Konferenz auf den Standpunkt, daß die acht- und vierstündige Arbeitswoche strengstens durchgeführt werden muß, es demnach eine Arbeitswoche von 60 Stunden nicht mehr gibt. Der Lohnzuschlag für Nacharbeit ist beizubehalten. Im übrigen schließt sich die Konferenz der Entschließung der Konferenz vom Gau Thüringen zu Jena in Nr. 30 der „Ameise“ voll und ganz an. Zu § 29 schließt sich die Konferenz ebenfalls den Ausführungen sowie Forderungen der Konferenz Jena an. Ferner beschließt die Konferenz zu § 34, daß sämtliches Arbeitsmaterial vom Unternehmer zu liefern ist, selbstverständlich unentgeltlich, so daß Schwämme, Pinsel, Schablonen und dergleichen Sachen nicht mehr bezahlt zu werden brauchen. Zu § 40 fordert die Konferenz, daß der Urlaub nach berufsjähriger Tätigkeit gewährt wird. Der Urlaub darf nicht als Prämie für langjährige Tätigkeit im Betriebe angesehen werden, sondern für ein Mittel, um die stark erschütterte Gesundheit des Arbeiters wieder aufzufrischen. Ferner ist es eine Strafe für diejenigen Arbeiter, die durch Arbeitsmangel oder sonstige Umstände ihren Arbeitsplatz öfter wechseln müssen. Des weiteren fordert die Konferenz Bezahlung der Wochenfeiertage oder Arbeitsgewährung. Zu § 25 muß die Altersstufe von 20 bis 24 Jahre gestrichen werden, denn ein Arbeiter über 20 Jahre muß dieselbe Arbeit leisten, wie ein älterer Arbeiter, hat demnach auch denselben Lohn zu verdienen, ob verheiratet oder nicht. Dieses gilt für Akkordarbeiter sowie für sonstige Arbeiter. Für Kriegsbeschädigte muß ein Mindeststundenlohn garantiert werden, damit sich auch diese Menschen halbwegs über Wasser halten können, denn von dem Dank des Vaterlandes ist nicht viel zu hoffen. Auch können sie leicht zum Lohnbrücker für die gesamte Arbeiterschaft ausgenutzt werden. Auch für Lehrlinge muß der Lohn tariflich festgelegt werden. Zum Lohnabkommen wurde von den Vertretern die traurige Lage der Arbeiter geschilbert und es ist festzustellen, daß es den Kolleginnen und Kollegen nicht möglich ist, sich satt zu essen und nur einigermaßen zu kleiden. Die Konferenz protestiert ganz energisch gegen eine solche schamlose Ausbeutung durch die Unternehmer und ist sich bewußt, daß die Unternehmer an einer krankhaften Gewinnsucht leiden, der die Arbeiter zum Opfer fallen. Die Konferenz macht es dem Hauptvorstand zur Pflicht, kein Lohnabkommen zu unterschreiben, in dem nicht das Existenzminimum der Arbeiter gesichert ist, nötigenfalls wird dem Vorstand kampfbereit zur Seite stehen. Den Verhältnissen einigermaßen entsprechend, stellt die Konferenz den Antrag, mindestens 60 Prozent Lohnhöhung auf die jetzt bestehenden Löhne, sowie eine einmalige Entschädigungs- oder Anschaffungssumme von 1000 Mk. für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin, sowie für jedes Kind 200 Mk. zu fordern. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden verschiedene Angelegenheiten der vertretenen Zahlstellen, sowie Betriebe besprochen. Ferner wurde das Verhalten des Vororts Magdeburg scharf kritisiert, und mußte es als unkollegial bezeichnet werden, denn sie wüßten wohl nicht mehr, daß auch unsere Zahlstellen zum 2. Agitationsbezirk gehören. Auch wurde die Schreibweise der „Ameise“ einer Kritik unterzogen, da sie dem Charakter der Arbeiter nicht mehr entspricht. Ein Kollege aus Berlin, der als Gast anwesend war, machte einige Ausführungen und gab Beispiele an, wie den Unternehmern bezw. einer raffinierten Art, entgegenzutreten werden kann. Zum Schluß rufen wir die Kolleginnen und Kollegen zu kampfbereit zu sein.

Am 7. August stattgefundenen außerordentlichen Zahlstellenversammlung nahm die Arbeiterschaft Stellung zum Manteltarif und Lohnabkommen. Zum Manteltarif wurde folgendes vorgeschlagen: 2 Ortsklassen auf zwei zu vermindern, da die Existenzbedingungen in den kleinen Orten denen in der Großstadt wenig und meistens gar nicht nachstehen. Unbedingtes Festhalten am Achtstundentag, ohne auf künstliche Verlängerung desselben durch Einführung von Frühstück- und Beisepausen einzugehen. Die Sach-

arbeiterangliederung soll weiter ausgebaut werden durch Einreihung der Stanger und Stangerinnen, verantwortlichen Brenner, Gießer und Gießerinnen, Seher, Pader und Paderinnen, da die Arbeiter in diesen Sparten für jeden Fehler verantwortlich gemacht werden. § 24 soll die Fassung erhalten, daß kranke und invalide Arbeiter denselben Lohn erhalten wie vollwertige Arbeiter; denn diese haben im Dienste des Kapitals ihre Gesundheit eingebüßt und haben auch Anspruch auf eine auskömmliche Existenz. § 25 a betreffend, soll der Passus von gelernten Facharbeitern im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit ganz in Wegfall kommen, und außerdem die Altersstufe von 20 bis 24 Jahren für sämtliche Arbeiter, da ein 20-jähriger das gleiche leisten muß wie ein 24-jähriger. § 28 soll lauten: Akkordarbeiter, die Stundenlohn machen müssen, sollen nach dem Akkorddurchschnitt entlohnt werden. § 29 soll lauten: Arbeiter und Arbeiterinnen, die in eine andere Gruppe versetzt werden, sollen mindestens ¼ Jahr nach ihrer bisherigen Berufsgruppe entlohnt werden, wenn die Entlohnung in der neuen Gruppe niedriger ist. § 32 soll folgenden Zusatz erhalten: Die Preis- und Defektkommissionen sollen vom Unternehmer bezahlt werden, um Differenzen zu vermeiden. § 38 soll einen Zusatz erhalten, wonach den Arbeitern höchstens 3 Prozent des Defektes abgezogen werden darf. § 40. Der Urlaub ist nach der Beschäftigungsdauer im Berufe zu bemessen, und zwar mindestens 6 bis 18 Tage nach 10-jähriger Berufstätigkeit; außerdem sollen noch zwei Staffeln zwischen 10 bis 25 Jahren eingelegt werden mit dem Mindesturlaub, mindestens 4 Wochen nach 25 Jahren. § 40, Abs. 2, muß unbedingt aufrecht erhalten werden.

Lohnabkommen: Ausgleich der 5 Prozent zwischen Verheirateten und Ledigen. Weiter werden gefordert: Für Heillobenarbeiter und -arbeiterinnen 100 Prozent, für Akkordarbeiter und -arbeiterinnen 75 Prozent Zuschlag auf die Effektivlöhne, rückwirkend vom 1. August. Das kommende Lohnabkommen soll höchstens auf 6 Wochen abgeschlossen werden, da nicht vorauszusehen ist, wie sich die drohende Teuerung auswirkt.

Falls die Verhandlungen scheitern sollten, wird der Hauptvorstand aufgefordert, die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen.

Bonn. Die Monatsversammlung der Zahlstelle Bonn besaßte sich eingehend mit der bestehenden Teuerung und beschließt einstimmig, eine 50- bis 60prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Für die Monate August, September, in denen unsere Löhne mit den sprunghaft in die Höhe gegangenen Preisen nicht Schritt gehalten haben, verlangen wir eine Teuerungszulage von 600 bis 700 Mk. Wir fordern vom Hauptvorstand, unsere gerechten Forderungen mit bedeutend mehr Nachdruck zu vertreten und selbst vor dem letzten Mittel nicht zurückzuschrecken. Die Zeitlohnarbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 80 Proz., da ihre Löhne das Existenzminimum bis heute noch nicht erreicht hatten. Deshalb verlangen wir von den Zahlstellendelegierten, daß sie unsere Forderungen bei den kommenden Lohnverhandlungen mit allem Nachdruck vertreten. Um eine dann gleichsam aufgezwungene Selbsthilfe zu vermeiden, bitten wir den Hauptvorstand nochmals, sich mit aller Kraft für uns einzusetzen, da die organisierte Arbeiterschaft einstimmig erklärt hat, geschlossen hinter dem Vorstand zu stehen und gegebenenfalls in den Kampf einzutreten. Ferner verlangt die Versammlung, daß an Stelle der sozialen Zulage eine allgemeine Lohnerhöhung eintrete, da die Arbeiterschaft von dem Standpunkt ausgeht: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn.

Brattendorf. In der heutigen Versammlung wurde u. a. auch zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen Stellung genommen. In bezug auf die Anfang August eingefetzte übermäßige Verteuerung der Brotpreise, Kartoffeln und sonstigen Lebensmittel stellen wir es der Verbandsleitung anheim, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß ein Ausgleich der bestehenden Differenz zwischen Arbeitslöhnen und den bestehenden teuren Verhältnissen geschaffen wird. In den Verhandlungen muß dahin gewirkt werden, daß auch die „sonstigen“ Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen eine besondere Berücksichtigung finden. Im übrigen schließen wir uns der Zahlstelle Breslau und deren Entschließung in Nr. 33 der „Ameise“ an.

Gräfenenthal. Die am 29. August stattgefundene Konferenz der Betriebsräte des Bezirks Gräfenenthal nahm zu den dürrigen Teuerungszuschlägenzuständen seitens der Unternehmer in der Porzellanindustrie Stellung. Alle Redner bekundeten übereinstimmend, daß diese Zugeständnisse als Verhöhnung der notleidenden Arbeiterschaft aufgefaßt werden müßten. Sollten bei den in Aussicht gestellten künftigen Lohnverhandlungen die Unternehmer einen weiteren energischen Standpunkt einnehmen, dürften Folgen entstehen, die für kurzzeit noch nicht übersehen lassen.

Kloster Weilsdorf. Versammlung vom 11. August. Vor Eintritt in die Verhandlung gedenkt der Vorsitzende der verstorbenen Kollegin Klara Saujemuth. Die Versammlung ehrte das Andenken derselben durch Erheben von den Sigen. Punkt 1: „Stellungnahme zur Anschaffung von Versammlungskarten.“ Hierzu wird ein von der Verwaltung gemachter Vorschlag angenommen, dieselben anzuschaffen und versuchszweckig Mitglieder, die nicht jährlich mindestens den Betrag von sechs Versammlungen nachweisen können, auf sechs Monate in der Starenzeit zurückzusetzen. Ferner wird beschlossen, daß der Betriebsrat bei der Direktion eine Erhöhung des Arbeiterwohlfahrtsfonds anstreben soll. Betreffs einer Einigung des Gewerkschaftskartells Kobach zu seinem am Sonntag, den 14. August, stattfindenden Gewerkschaftstreffen fordert der Vorsitzende, nachdem die dortigen Kollegen auch uns bejuch hatten, die Kollegen und Kolleginnen auf, soweit es ihnen möglich ist, dieser Einladung Folge zu leisten. Im 2. Punkt wurde der nunmehr gefündigte Manteltarif einer Durchberatung unterzogen und kam die Versammlung hierzu zu dem Entschluß, sich in der Nr. 31 der „Ameise“ veröffentlichten Beschlüssen der Zahlstelle Hermzdorf anzuschließen. Betreffs des Lohnabkommens wird die am Schluß abgefaßte Resolution einstimmig angenommen. Zu Punkt 3 wird der Antrag gestellt, den Hauptvorstand zu beauftragen, bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen dahin zu wirken, daß die Brenner als Facharbeiter anerkannt werden. Die Resolution lautet: Die am 11. August 1921 stattgefundene Versammlung der Zahlstelle Kloster

Waldorf nimmt Stellung zu den kommenden Tarifverhandlungen. Sie erhebt den energischsten Protest gegen den seitens der Unternehmer intendierten Willen, die Arbeitszeit wieder zu verlängern. Diesem Willen der Unternehmer werden wir uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu widersetzen wissen. Wir fordern unseren Hauptvorstand sowie alle Kollegen, die an den Lohnverhandlungen teilnehmen, auf, die von uns gestellten Forderungen in Höhe von 70 Proz. für alle sonstigen Arbeiter und 60 Proz. für alle Facharbeiter mit aller Fähigkeit zu vertreten.

Höppelsdorf und Umgegend. Am 25. August fand im Volkshauskaffe zu Conneberg eine Versammlung der Betriebsräte und Parteifunktionäre statt, die auch hervorragend von den Vertretern der Porzellanarbeiterchaft besucht war. Man beschäftigte sich mit der jetzt mit aller Gewalt über Deutschland hereinbrechenden Teuerung und besprach Maßnahmen, wie derselben wirksam entgegenzuwirken sei. Die Rebrer aller Gewerkschaften und Parteirichtungen waren darin einig, daß die vom ADGW aufgestellten 10 Punkte restlos durchgeführt werden müssen. Alles muß zusammenstehen gegen die Teuerung, gegen den Steuerraub auf die Taschen der bedürftigen Klasse, gegen den Kapitalismus, dem wir erklären müssen: Bis hierher und nicht weiter. Die Versammlung schließt sich den Beschlüssen des Bezirkskartells der freien Gewerkschaften von Straßburg an und fordert, eine einheitliche Lohnbewegung einzuleiten über das ganze Reich mit der Forderung einer mindestens 50prozentigen Lohnerhöhung. Die Versammelten fordern von allen Parlamentsvertretern der Arbeiterparteien aufs entschiedenste, daß sie sich unter allen Umständen gegen jede indirekte Steuer mit aller Schärfe wenden. Die Versammlung ist sich klar, daß mit einer Lohnerhöhung allein die Teuerung nicht bekämpft werden kann, jedoch hat aber der ADGW festgestellt, daß die Löhne der Arbeiter ungefähr um das Achtfache, die Kosten der notwendigen Lebenshaltung aber um das Fünfzehnfache gestiegen sind. Deshalb müssen die Löhne doppelt so hoch sein als sie sind, wenn sie nur die beschriebene Lebenshaltung wie vor dem Kriege ermöglichen sollten. Sollte der ADGW es ablehnen, wirklich ernsthafte Maßnahmen zu treffen gegen die Teuerung, so sieht sich die Arbeiterchaft gezwungen, selbst die nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Arbeiter vor der völligen Verelendung zu schützen. Die örtlichen Gewerkschaftsführer aller Verbände des ganzen Reiches werden aufgefordert, gemeinsam mit uns den Kampf gegen die neue Teuerung aufzunehmen und die Gewerkschaftsleitungen zu zwingen zur Einleitung eines gemeinschaftlichen Kampfes auf der ganzen Linie. Ein Schreiben an den Reichskanzler, in welchem gegen das sorglose Entgegenkommen an die Landwirtschaft und die Festsetzung der erhöhten Getreidepreise protestiert wird, fand einstimmige Annahme.

Lübeck. Am 18. August hielten wir unsere erste Versammlung ab mit nachstehender Tagesordnung: 1. Gründung einer Zahlstelle des Porzellanarbeiterverbandes. 2. Wahl des Vorstandes, der Beisitzer und der Revisoren. 3. Beschlußfassung über den Tag der regelmäßigen Mitgliederversammlungen. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes. — Zum 1. Punkt gab Kollege Günther den Brief vom Zentralvorstand bekannt, sowie die wichtigsten Stellen des Verbandsstatuts und wurde hierauf einstimmig die Gründung einer Zahlstelle beschlossen. Der 2. Punkt wurde glatt erledigt und auch einige weibliche Mitglieder für die zu besetzenden Posten gewählt. Zum 3. Punkt wurde beschlossen, unsere regelmäßigen Mitgliederversammlungen stets im „Roten Löwen“ abzuhalten, und zwar jeden zweiten Dienstag im Monat. Punkt 4 wurde dadurch erledigt, daß sämtliche Unorganisierte ihren Beitritt zum Verband erklärten. Unter „Verschiedenes“ wurde von verschiedenen Kollegen der Antrag gestellt, in der nächsten Versammlung die Lohnfrage zu beraten. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erörtert wurden, folgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Hattingen. Die außerordentliche Zahlstellenversammlung vom 11. August konnte als sehr gut besucht bezeichnet werden. Da der geänderte Manteltarif allerlei unliebbare Paragraphen enthielt, wurde die Kündigung freudig begrüßt. Besonders bedürfen die §§ 26 bis 40 einer durchgreifenden Änderung, und zwar dahingehend, daß zwischen Zeitlohnern und Akkordarbeitern ein Ungleich in der Entlohnung getroffen wird. Betreffs der Urlaubsfrage glaubt die Versammlung, daß es in Anbetracht der sehr ungesunden Beschäftigung nicht zweifelhaft ist, wenn bei mehr denn 10-jähriger Beschäftigung ein Urlaub von 3 Wochen gewährt wird. Die Staffelung müßte folgende sein: 1 Jahr 6 Tage, bei jedem weiteren Jahr 2 Tage mehr, bis zur Höchstdauer von 3 Wochen bei mehr als 10-jähriger Tätigkeit. — Es sind noch mehr Paragraphen, die einer Änderung bedürfen. Es wurde eine Kommission gewählt zur Nachprüfung, um das Resultat dann dem Hauptvorstand zu den Verhandlungen zu unterbreiten. Betreffs des Lohnabkommens wurde in Anbetracht der großen Teuerung ein Aufschlag von 50 Prozent auf die bestehenden Löhne gefordert, rückwirkend ab 1. August 1921. Bei dieser Gelegenheit wurde in Anbetracht eines vielleicht ausbrechenden Kampfes nochmals auf die Notwendigkeit einer starken Organisation in den Berufsverbänden hingewiesen. Unter „Verschiedenes“ wurde verlangt, der Hauptvorstand solle zur Entlohnung eines Delegierten zu den nächsten Verhandlungen seine Einwilligung geben. Die Versammlung glaubte, daß dieses im Interesse der Zahlstelle notwendig sei. Dann wurde noch insbesondere von den Mitgliedern darauf gedrungen, daß der Zahlstellenvorstand in Zukunft seine Pflicht tun solle und jeden Monat eine Zahlstellenversammlung und Vorstandssitzung abhalten. Am Schluß ersucht die Versammlung den Hauptvorstand, wenn die Arbeitgeber sich weigern sollten, unsere gerechten Forderungen anzuerkennen, dieselben mit aller Entschiedenheit und allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen.

Unser Recht muß uns werden!

Schierbach. Am Freitag, den 19. August, fand eine Zahlstellenversammlung statt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, sprach der Vorsitzende sein Bedauern aus über den schlechten Besuch der Versammlung bei der so wichtigen Tagesordnung. Wo jedes Mitglied erscheinen müßte, sei kaum die Hälfte der Mitglieder anwesend. Es ist Pflicht eines jeden, mitzuarbeiten und nicht die

Verwaltung alles allein erledigen zu lassen. Es müssen scharfe Maßnahmen getroffen werden, um die Säumigen herbeizubringen. Bezüglich „Lohnforderungen“ wurde folgender Gesamtantrag gestellt: Für „sonstige“ Arbeiter eine Lohnerhöhung von 100 Prozent, für Facharbeiter, die im Zeitlohn arbeiten, sowie für alle Handwerker, 70 Prozent, für Facharbeiter in Akkord 50 Prozent. Die soziale Zulage soll beibehalten werden. Jeder Arbeiter über 20 Jahre ist als Vollarbeiter zu betrachten und demgemäß zu entlohnen. In Anbetracht dessen, daß der neue Lohnstarif erst dann in Kraft tritt, nachdem schon lange vorher die Lebensmittel, besonders Brot, ganz enorm teurer geworden sind, wird die Zahlung einer Wirtschaftsbihilfe als unumgängliche Notwendigkeit besonders dringend gefordert. Als Höchstsumme wird 1000 Mk. angenommen. Bezüglich der verschiedenen Lohnklassen wird restlose Beiseitigung derselben gefordert. Besonders lebhaft Auseinandersetzungen erfolgten bei den Urlaubsforderungen. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß die bisherige Urlaubsregelung bei weitem nicht den intensiven Arbeitsleistungen entspricht, der sich jeder Arbeiter unterziehen muß. Gefordert wurde mindestens 6 Tage Urlaub nach einjähriger Beschäftigung, steigend bei jedem weiteren Arbeitsjahr um je einen Tag, bis zur Höchsturlaubszeit von 24 Tagen. Punkt 2: Berichterstattung über die Betriebsratsitzung vom 18. August betr. der vom Fürsten gestifteten Summe. Kollege Wilhelm teilte mit, der Fürst würde niemals zu einer Verteilung des Geldes seine Zustimmung geben. Die Summe sollte nur für Wohltätigkeitszwecke verwandt werden. Nachdem über diesen Punkt lange Zeit geredet war, wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Versammlung ermächtigt den Arbeiterrat und die Verwaltung der Zahlstelle, daß die gestiftete Summe einer Unterstützungskasse der Arbeiterschaft überwiesen wird.“ Zu Punkt 3 gab Genosse Diez einen kurzen Bericht über die Kartellsitzung und ersuchte die Versammlung, je einen Delegierten zu wählen für das Gewerkschaftskartell und für den Bildungsausschuß. Gewählt werden die Kollegen Wert und Gottschalk.

Stadtilm. Die Zahlstelle nahm heute in einer außerordentlichen Versammlung von dem Schreiben des Hauptvorstandes vom 26. August Kenntnis. Hieraus ergibt sich, daß für Akkordarbeiter 5 Prozent und für Zeitlohnarbeiter 10 Prozent Teuerungszuschlag erfolgen soll. Die Zahlstelle Stadtilm bedauert sehr, daß unser Hauptvorstand hierauf eingegangen ist. Dieses Abkommen bei solcher Teuerung, wie sie wieder eingetreten ist, können wir nur energisch zurückweisen. Wir hoffen nun, wenn die Verhandlungen wegen des neuen Tarifs vor sich gehen, daß unser Hauptvorstand ganz energisch dafür eintritt, daß auch die Porzellanarbeiter etwas mehr zur Geltung kommen. Bis jetzt sind wir gegen andere Verufe immer zurückgestellt worden. Wir hoffen, daß sämtliche Zahlstellen hierzu Stellung nehmen.

Teltow. In der am 9. August stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde u. a. der Punkt: „Stellungnahme zum Manteltarif und ablaufenden Lohnabkommen“ eingehend durchgesprochen. Dazu wird vorher der Versammlungsbericht des Gauess Thüringen, Bezirk Ostthüringen, verlesen. Die Debatte ergibt, daß die hiesige Zahlstelle mit sämtlichen Vorschlägen aus Ostthüringen voll und ganz einverstanden ist. Die hiesige Zahlstelle wünscht und hofft, daß bei den zukünftigen Verhandlungen im Sinne Ostthüringens verfahren wird. Betreffend neuen Lohnstarif wurden sämtliche Lebensfragen des Arbeiters eingehend durchgesprochen. Die Zahlstelle ist der Ansicht, daß der Lohn erheblich ausgebessert werden muß, damit der Arbeiter soviel verdient, um sich und seine Familie ernähren zu können; es soll ihm auch etwas bleiben, damit er sich für das „Alter“ etwas zurücklegen kann, denn der jetzige Verdienst reicht kaum für die notwendigen Lebensbedingungen, d. h. der Arbeitslohn reicht immer nur von Woche zu Woche. Es muß anders werden, denn so wie bisher kann es nicht weitergehen. Im Laufe der Debatte ist hier folgende Resolution zustande gekommen: „Die Zahlstelle Teltow steht auf dem Standpunkt, daß angesichts der schlechten Lebensverhältnisse im allgemeinen und der ständig steigenden Teuerung der wichtigsten Nahrungsmittel und Bedarfsartikel im besonderen eine nennenswerte Erhöhung des Lohnes erfolgen muß. Nach dem 15. August ist noch die besondere Teuerung zu berücksichtigen. Die Zahlstelle Teltow hofft, daß von Seiten des Hauptvorstandes alle Schritte getan werden und nichts unverjagt gelassen wird, um das zu erreichen. Von den Vertretern der Zahlstellen bei den künftigen Lohnverhandlungen erwartet die hiesige Arbeiterschaft, daß sie ihre ganze Kraft einsetzen, um den Unternehmern, die alle ohne Ausnahme mehr Lohn mit Leichtigkeit zahlen können, wenn sie noch so sehr jammern und klagen, eine Erhöhung abzurufen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir einen tariflosen Zustand bekommen.“

Wahlhausen. Versammlung vom 19. August d. J. Zur „Lohnfrage“ entspann sich eine lebhafteste Debatte. Der Betriebsrat wurde aufgefordert, sofort bei der Firma vorstellig zu werden zwecks einer Teuerungszulage in Höhe von 2 Mk. pro Stunde. Diese Zulage soll gelten für die Uebergangszeit bis zum Ablauf des Tarifes, rückwirkend vom 1. Juli. Weiter wird der Hauptvorstand aufgefordert, bei den nächsten Verhandlungen eine 100prozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Unter „Allgemeines“ wurde zunächst auf die Hilfsaktion für das hungernde Rußland aufmerksam gemacht. Auch die hiesige Arbeiterschaft steht auf dem Standpunkt, die russischen Brüder mit allen Kräften zu unterstützen. Ferner wurden dem Kollegen Richard Beder, der infolge Todesfall in der Familie in Not geraten ist, 200 Mk. aus dem 12-Proc.-Fonds bewilligt. Dem Betriebsrat wurde aufgegeben, verschiedene Mißstände in der Fabrik zu beseitigen.

Aufruf.

Unser Kollege Gustav Wani befindet sich in bedrängter Lage. W. ist seit vorigem Jahr krank und in allen Rassen ausgekostet. Seine gesamte Einnahme besteht heute aus der Invalidenrente und wöchentlich 10 Mk. aus der Arbeiter-Wohlfahrtskasse. Indem unsere Zahlstelle allein nicht in der Lage ist, W. genügend unterstützen zu können, bitten wir alle Zahlstellen um Zusendung von Mitteln an unseren Kassierer Fridolin Jech, Stanger, Brattendorf, Kreis Hilburghausen, Porzellanfabrik. Für die Zahlstelle Brattendorf: August Kantschert, Vorsitzender.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Althalbenleben. Montag, den 12. September, abends 8 Uhr, bei W. Peters.

Berlin-Charlottenburg. Mittwoch, 14. September, abends 7 Uhr, Zahlstellersversammlung im Speisesaal der Porzellanmanufaktur.

Blaxenhain. Sonnabend, den 10. September, abends 9 Uhr, bei Klein.

Liegnitz. Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr, im „Stern“.

Spanbau. Montag, den 12. September, nachmittags 4 Uhr, bei Winbt, Richelsdorferstr. 5.

Adressen-Änderungen.

Brattendorf b. Eisleb i. Thürg. Vors.: Adolf Heinz, Maler.
Kleinembach b. Köhnd i. Thürg. Vors.: Ludwig Seidel, Langembach Nr. 53; Schriftf.: Arno Hammerichmidt, Langembach Nummer 34.

Ubed. Vors.: Karl Günther, Dreher, Moislung, Biendorferstraße; Schriftf.: Frieda Arnould, Moislung, Biendorferstraße; Kass.: Heinrich Löper, Moislung, Hauptstraße; Revisoren: Rudolf Eggert, Moislung, Hauptstraße, und Elisabeth Koesling, Moislung, Biendorferstraße.

Dösch. Vors.: Emil Müller, Dresdenstr. 10.

Zahlstelle Köppelsdorf und Umgegend.

Den Mitgliedern von Köppelsdorf wird erneut zur Kenntnis gebracht, daß Krankenunterstützung nur Sonnabends von 10—1 Uhr zur Auszahlung gebracht wird und nur gegen Vorlegung des Krankenscheines oder eines Ausweises der in Frage kommenden Krankenkassen.

Für Neubaus und Burggrub erfolgt die Auszahlung jeden Freitag, nachmittags von 5—6 Uhr, im „Restaurant zur Eisenbahn“ (Adam Widlein) in Neubaus.

Die Zahlstellenverwaltung.

Fraureuth.

Erwerbslosenunterstützung im Arbeitslosen- wie im Krankheitsfalle wird nur Sonntags, vormittags von 10 bis 12 Uhr, ausbezahlt.

Außerdem mache ich aufmerksam, daß bei verspäteter Meldung strikt nach § 14, Ziffer 6 des Statuts verfahren wird.

Der Kassierer: Bruno Stephan, Fürstenstr. 24.

Quittung.

Für unser krankes Mitglied Hermann Fischer gingen nachträglich noch ein: von Hornberg 15,—; Magdeburg 15,—; Mengersgeroth 20,— und Stadtilm 10,— Mk. Die Gesamtsumme beträgt nunmehr 1125,— Mk. Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern herzlichen Dank.

Zahlstelle Arnstadt. Hermann Dönch, Kassierer.

Sterbetafel.

Königszell. Max Schiller, Maler, geboren am 31. Dezember 1873, gestorben am 19. August an Lungenleiden. Mitglied seit 1918.

Marktzeuthen. Georg Gebhardt, geboren am 13. September 1856, gestorben am 25. August an Gehirnschlag. Mitglied seit 1919.

Kobach. Theodor Hüschbett, geboren am 14. Januar 1863, gestorben am 29. August an Magenbluten. Mitglied seit 1919.

Arnstadt. Friedrich Möhrbach, Dreher, geboren am 26. Februar 1879 zu Blankenhain, gestorben am 18. August an Frauen- und Nierenfellentzündung. Mitglied seit 1895.

Selb. Franz Richter, Schleiferlehrling, geboren am 17. November 1904 zu Diesfurth, gestorben am 26. August an den Folgen eines Unglücksfalles. Mitglied seit Anfang dieses Jahres.

Waldeburg. Hermann Renner, Dreher, geboren am 28. Oktober 1863 zu Altwasser, gestorben am 21. Juli an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1911.

— Frieda Polte, Blättermacherin, geboren am 19. November 1903 zu Kunzendorf, gestorben am 29. Juli an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.

— Bertha Reibler, Blättermacherin, geboren am 29. April 1904 zu Hartau, gestorben am 6. August an den Folgen einer Operation. Mitglied seit 1919.

— Wilhelm Thäslar, Dreher, geboren am 11. September 1865 zu Neuhendorf, gestorben am 26. August an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1911.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frontiertes Stübert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Wir suchen per sofort einen tüchtigen Weberdreher.

Porzellanfabrik Brambach, Brambach i. S.

Tüchtiger Steher, in allen größeren Artikeln, in Gehäusen, sowie auch in Pausen — Figuren usw. — bewandert, der auch das Garnieren versteht, sucht Stellung zum baldmöglichsten Eintritt. Offerten unter „G. L. A.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Zum sofortigen Eintritt werden 1 tüchtiger Glasierer und Formgießer für Gebrauchsgeschirre gesucht. Wegen Wohnungsmangel werden Ledige bevorzugt.
Porzellanfabrik Hertel, Jacob & Co., S. m. b. H., Rehau i. Bayern.

Tüchtiger gelernter Kapseldreher, verheiratet, sucht Stellung, möglichst auf Oval.
Offerten erbeten unter „W. J.“ an die Redaktion der „Ameise“.

Wir suchen für sofort einen tüchtigen, zuverlässigen Brenner, Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Angebote mit Zeugnisabschriften an die Vogtländische Porzellanfabrik, S. m. b. H., Bad Elster.

Tüchtige Maler und Figuristen, die auf Gipsfiguren gelernt haben, auf sofort gesucht.
R. Carl & Sohn, Cassel.

Wir suchen für sofort tüchtigen Dreher für kleine Weber. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Angebote mit Zeugnisabschriften an die Vogtländische Porzellanfabrik, S. m. b. H., Bad Elster.

Schriftmaler für Apothekenstaubgefäße, der auch im Schilber anlegen und Brennen geübt ist, findet dauernde Stellung. Ausführliche Bewerbung mit Schriftproben erbeten an
H. C. Steinmüller, Dresden-N. 12.

Tüchtiger Formgießer, möglichst unverheiratet, für dauernde Beschäftigung per sofort gesucht
Porzellanfabrik Beh, Scherzer & Co., A.-G., Rehau i. Bayern.

Ein erstklassiger Polychroment und ein ebensolcher Steher können sich sofort melden. Es kommen nur allererste Kräfte in Frage.
Breslauer Kunstfigurenfabrik Tonini & Tabeni
Breslau 3, Berlinerstr. 18.

Mehrere Schalen- und Tellerdreher werden zur Erweiterung unserer Dreherei in dauernde Beschäftigung eingestellt.
Reichenbacher Porzellanfabrik C. & E. Carlstens
Reichenbach bei Herrnsdorf, S.-A.

Gelernter Kapseldreher, in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, sucht dauernde Beschäftigung. Angebote unter „E. M.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinzel, Flaschen zahle.

Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf.

Poliergoldflaschen 10 „ 25—50 „

je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen.
Reelles Geschäft dieser Art
Reelle u. pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Pinzel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Staunend billig

kaufen Sie Ihre Segeltuch-Spangenschuhe, Turnschuhe u. Pantoffeln in allen Größen b. Konrad Bügler, Schuhverwand, Birndorf b. Jülich i. Bay.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinzel — Flaschen — Malrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft

W. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Sogr. 1895.	Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art	Gold-, Platin-, Silber- preis auf Anfrage
Beste Bedien.	 <p>Handelsschnelle Bed. Sattler, Zwickau, S., Osterwühlstr. 32</p>	Freistell.

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Die billigsten Schuhe für Fabrikarbeiter sind nach wie vor Segeltuchschuhe mit Ledersohlen und Zwickeln.

Für Turner empfehle ich Turnschuh und Stiefel mit Chromlederohle. Weiße Leinwand für Damen und Kinder.

— Lederhandschuhe, Lederhandsalen, Tuch- und Holzpantoffel. — Sämtliche Lederwaren zu Fabrikpreisen. — Verlangen Sie noch heute kostenlose Preisliste.

Karl Klein, Schuhverwand und Pantoffelfabrik, Weiskammer, D.-A.

Aussehenderesser (schmal, spitz), Ziehlingen, Poserbleche, Besenhandseger und Ofenrohrbürsten liefert

P. Jeske, Wehren bei Döhrenmühl (Sa.)

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4

Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4

Druck von G. Janitzki, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 28